

## Polen und Ungarn zusammen in den deutschen Medien

Die Anfangsworte eines Sprichworts aus dem Mittelalter lauten:

(auf Polnisch) Polak, Węgier - dwa bratanki,  
i do szabli i do szklanki.

(auf Ungarisch) Lengyel, magyar – két jó barát,  
Együtt harcol s issza borát.

(auf Deutsch) Pole und Ungar - zwei gute Freunde,  
zusammen kämpfen sie und trinken ihren Wein.

Diese Worte drücken die Freundschaft zwischen beiden Völkern aus, die aus der Geschichte erwachsen ist. Die beiden Länder sind nicht vergleichbar, wenn es um die Fläche, Einwohnerzahl, Sprache und geopolitische Lage geht. Aber nie wurde zwischen ihnen Krieg geführt. Innerhalb von vielen Jahrhunderten hatten die beiden Staaten eine gemeinsame Grenze. Sie haben auch eine gemeinsame Vergangenheit im Ostblock bis 1989 und stecken tief in ihrer schmerzhaften Geschichte im Kampf für ihre Unabhängigkeit. Im Jahre 1956 kam es sowohl in Polen (vor allem in Posen) als auch in Ungarn zu Aufständen und Unruhen. Das Bild Ungarns und der Ungarn ist im Gegensatz zu anderen Nachbarn Polens eher positiv.

Besonders eng waren die polnisch-ungarischen Beziehungen im 14. und 15. Jh. durch die dynastischen Verknüpfungen der Herrscher. Im 14. Jh. waren beide Länder in einer Personalunion und wurden gemeinsam von König Ludwig I. regiert. Danach wurde seine Tochter Hedwig Anjou zur Königin von Polen. Sie wurde für ihren Einsatz für Kranke, Alte und Arme sehr beliebt. Im Jahr 1986 wurde sie vom Papst Johannes Paul II. selig- und am 8. Juni 1997 in Krakau heiliggesprochen<sup>1</sup>. Der Papst bezeichnete Hedwig als Patronin Polens. Sie hat im Testament ihr Vermögen der Krakauer Akademie (derer Nachfolgerin die Jagiellonen Universität ist) vermacht. Im 16. Jh. wurde der Siebenbürgen-Fürst Stephan Báthory zum König von Polen gekrönt. Im Revolutionsjahr 1848 kämpfte der polnische General Józef Bem (Bem Apo) auf der Seite Ungarns gegen die Habsburger. Er wird sowohl in Polen als auch in Ungarn als Nationalheld geehrt. Die Kinder in Ungarn lernen schon in der ersten Klasse der Grundschule General Bem kennen. Seine Legende ist heute noch weit bekannt, weil sein Adjutant Sándor Petőfi – der ungarische geniale Dichter (Dichterprophet) - war.

Seit 2007 feiern wir gemeinsam am 23. März den Tag der „Polnisch-Ungarischen Freundschaft“, der von dem ungarischen Parlament (am 12. März 2007) und vom polnischen Sejm (am 16. März 2007) ohne Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen wurde. Überall in Polens finden an diesem Tag offizielle Feierlichkeiten statt. In Opole wird dieser Tag immer hauptsächlich in den Bibliotheken (sowohl in der Stadtbibliothek als auch in der Wojewodschaftsbibliothek) und im Marschallamt<sup>2</sup> gefeiert. Jedes Jahr kommen die Gäste aus der Partnerregion (Komitat Fejér) und aus der Partnerstadt – Székesfehérvár nach Opole. Mit ihnen werden verschiedene kulturelle Veranstaltungen organisiert. In vielen Städten Polens und Ungarns wurden polnisch-ungarische Freundschaftsgesellschaften gegründet.

In der polnischen Außenpolitik wird der Stärkung der Zusammenarbeit mit der Visegrád-Gruppe und mit den Staaten der Dreimeere Initiative (Staaten Ostmittel- und Südostmitteleuropas, die zwischen der Ostsee, der Adria und dem Schwarzen Meer liegen) viel Aufmerksamkeit gewidmet. In diesem Zusammenhang ist für Polen die Kooperation mit Ungarn besonders wichtig. Unterschiedlich sind aber die Beziehungen beider Staaten zu Russland. Polen betrachtet Russland als feindseligen Nachbar, während Viktor Orbán gute Kontakte zu Putin pflegt.

---

<sup>1</sup> Das notwendige Element für die Heiligspredung war die Anerkennung der von Hedwig bewirkten Heilung der Anna Rostafińska-Romiszowska im Jahr 1950.

<sup>2</sup> Marschallamt ist als regionales Selbstverwaltungsamt zu verstehen.

---

Heute werden Polen und Ungarn im Zusammenhang mit dem Vorwurf des Abweichens von der Demokratie in Europa (vor allem in Westeuropa) kritisiert. Die in beiden Ländern regierenden rechten Parteien (die Fidesz und die Recht und Gerechtigkeit - PiS) sind an die Macht gekommen auf einer Welle der Unzufriedenheit vieler Bevölkerungsgruppen (der sog. Wendeverlierer), die von den Folgen des Transformationsprozesses vom kommunistischen zum demokratischen und marktwirtschaftlichen System enttäuscht wurden. Beiden Parteien wird vorgeworfen, dass sie gezielt die Frustrationen ihrer Bevölkerungen bedienten. Beide Parteien regieren alleine. Es wird ihnen gegenwärtig auch vorgeworfen, dass sie „einen Feldzug gegen die europäische Demokratie gestartet haben“, „europäische Werte verraten, indem sie unter dem Deckmantel der Pandemie-Bekämpfung die Demokratie aushebeln“<sup>3</sup> und die öffentlichen Fernseh- und Rundfunksender zu Propagandamaschinen umfunktioniert haben. Jedoch sowohl in Polen als auch in Ungarn wird derzeit eine tiefe Spaltung der Gesellschaft beobachtet und betont.

Ziel des Beitrags ist es, die Darstellung der Situation beider Länder in den deutschen Medien (vor allem in der „Süddeutschen Zeitung“)<sup>4</sup> in den vergangenen zwei Jahren kritisch zu bewerten. Politische Wissenschaftler betrachten die Massenmedien, vor allem Zeitungen und Zeitschriften, als eine wichtige Quelle für politische Informationen, denn die Medien tragen nicht nur zur Meinungsbildung bei. Zu ihren Aufgaben gehört auch eine gewisse öffentliche Kontroll- und Kritikfunktion.

Polen und Ungarn werden in den deutschen Medien als „prekäre Partner“<sup>5</sup>, „Radaubrüder“<sup>6</sup>, „notorische EU-Kritiker“<sup>7</sup> und „Sorgenfälle innerhalb der EU“<sup>8</sup> genannt. Die Vorwürfe gegenüber beiden regierenden Parteien und Regierungen lauten: Zersetzung und Mißachtung der Demokratie, Abbau/Erodieren des Rechtsstaats, Autoritätsstreben, Nationalismus (sogar nationaler Chauvinismus), Verwerfung der europäischen Unionspolitik (darunter vor allem der Flüchtlingspolitik) aber auch Zurückhaltung bei der Unterstützung der Klimaneutralität bis 2050<sup>9</sup>. Kritisiert werden in der „Süddeutschen Zeitung“ die Repressionen gegenüber Bürgerrechtsgruppen und freien Medien. Beiden Ländern wird die Nichteinhaltung der EU-Werte vorgeworfen, auf die sie sich vor ihrem Beitritt im Jahre 2004 verpflichtet haben. Die Werte, auf die sich die Union gründet, stehen seit 1992 im Artikel 2 des EU-Vertrags verankert: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Gegen beide Staaten wurde von der EU-Kommission ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren (sogenanntes Artikel-7-Verfahren) eingeleitet, das einen Entzug der Stimmrechte im Europäischen Rat zur Folge haben könnte. Beiden Ländern droht die Kürzung der EU-Fördergelder im nächsten mehrjährigen Haushalt (2021-2027) als Strafe für die Einschränkung der Rechtsstaatlichkeit.

Besondere Aufmerksamkeit wird in den Zeitungsartikeln den Partei-Führern gewidmet, d.h. Viktor Orbán in Ungarn (im April 2018 siegte seine Partei in der Parlamentswahl zum dritten Mal in Folge mit absoluter Mehrheit) und Jarosław Kaczyński in Polen (seine Partei ist nach acht Jahren in der Opposition seit 2015 an der Macht). Die Autoren der Zeitungsartikel vertreten die Meinung, dass die beiden Politiker von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt werden. Gleichzeitig aber werden die Zivilgesellschaften und ihre Proteste in beiden Ländern gelobt. In Polen wird die wachsende Opposition gegen die nationalpopulistische PiS-Regierung betont. Und in Ungarn werden Tausende Demonstranten hervorgehoben, die sich immer wieder gegen Viktor Orbáns Angriffe auf die Medienfreiheit und den Rechtsstaat stemmen.

---

<sup>3</sup> Matthias Kolb, Von der Leyen darf sich nicht wegducken, „Süddeutsche Zeitung“ vom 1.04.2020.

<sup>4</sup> Die seit 1945 in München herausgegebene „Süddeutsche Zeitung“ gilt neben der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Die Welt“ als eines der Leitmedien. Dem Statut zufolge erstrebt die Zeitung „freiheitliche, demokratische Gesellschaftsformen nach liberalen und sozialen Grundsätzen“. Sie wird oft als gemäßigt links eingestuft.

<sup>5</sup> Tobias Zick, Prekäre Partner, „Süddeutsche Zeitung“ vom 8.02.2019.

<sup>6</sup> Ebenda.

<sup>7</sup> Karoline Meta Beisel, Matthias Kolb, Alexander Mühlauer, Die Rechnung kommt noch, „Süddeutsche Zeitung“ vom 18.07.2019.

<sup>8</sup> Tobias Zick, Vorsicht im Porzellansaal“, „Süddeutsche Zeitung“ vom 8.02.2019.

<sup>9</sup> Es ging darum, dass Polen und Ungarn die Klimaneutralität als Ziel an sich nicht ablehnen. Sie lehnen das Jahr 2050 ab. Vgl.: Michael Bauchmüller, Deutschland lenkt bei Klimaschutz ein, „Süddeutsche Zeitung“ vom 17.06.2019.

---

Viktor Orbán genießt große Popularität. Von den Politologen wird er als Pragmatiker betrachtet. Hervorgehoben wird sein Talent als Redner und seine enorme Energie. Er spricht offen vom Modell einer „illiberalen Demokratie“ in Ungarn. Es wird betont, dass er mit 57 Jahren im besten Politikeralter ist. Als Ministerpräsident hat er die Corona-Krise genutzt und sich das Recht eingeräumt, per Dekrete (ohne Parlament) zu regieren. Was seine Haltung zu Polen anbetrifft, so hat er schon 2016 angekündigt, dass Ungarn mögliche Verhängung von EU-Sanktionen gegen Polen blockieren wird. Und umgekehrt hat Polen Orbán auch zugesichert, im Artikel-7-Verfahren ein Veto zugunsten Ungarns einzulegen.

PiS-Vorsitzender Jarosław Kaczyński gilt eher als Ideologe. Er ist Orbáns enger Verbündeter. Von einigen deutschen Journalisten wird er als „starker Mann der polnischen Politik bezeichnet, der den Staat nach seinen Vorstellungen umbaut“<sup>10</sup>. Von anderen wird er „Polens dunkle Macht“<sup>11</sup>, „Polens mächtigster Politiker“<sup>12</sup> und „wahrer Herrscher“ genannt, weil er als Chef der Partei die Regierungsgeschäfte aus dem Hintergrund beeinflusst. Orbáns „autoritäres Regieren hat Kaczyński ausdrücklich als Vorbild für Warschau bezeichnet“<sup>13</sup>. Er sollte zu Orbán sagen: sie beide „könnten in Europa zusammen Pferde stehlen“<sup>14</sup>. Schon 2011 hat Kaczyński den Wunsch geäußert, „aus Warschau ein Budapest zu machen“<sup>15</sup>. Die beiden Politiker treffen sich regelmäßig seit 2016.

In einem Interview vom August 2019 mit Leszek Balcerowicz (dem ehemaligen Finanzminister, der nach der Wende durch die radikale Schocktherapie die Marktwirtschaft in Polen aufgebaut hat) wurde ihm die Frage gestellt: wo er heute den Unterschied zum sozialistischen Autoritarismus sieht. Balcerowicz antwortete folgendes: „Der Sozialismus war ein extremes Regime, in dem der Staat den Menschen alle Freiheiten genommen hatte. Was heute in Ungarn und Polen [...] passiert, ist etwas anderes. Bestimmte Gruppen wollen das Land beherrschen, indem sie den Staatsapparat kapern. Haben sie damit Erfolg, wird irgendwann der demokratische Wettbewerb verschwinden“<sup>16</sup>.

Als Ursula von der Leyen, die Nachfolgerin von Jean-Claude Juncker, zur Präsidentin der Europäischen Kommission gewählt wurde, wurde sie gefragt, ob sie nachsichtiger mit Polen und Ungarn umgehen wird<sup>17</sup>, obwohl Fidesz und PiS sie letztendlich bei der Wahl unterstützt haben. Es ging um die Koppelung der Auszahlung von EU-Finanzmitteln an die Einhaltung rechtsstaatlicher Kriterien. Die Kommissionspräsidentin antwortete in einem Interview, dass es „das allerletzte Mittel“ wäre, „nach vielen Stufen, die vorher kommen“<sup>18</sup>.

Der Historiker Magnus Brechtken, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, kritisierte Regierende in beiden Ländern als Nationalisten, welche die Europäische Union - das historische Friedensprojekt - aufs Spiel setzen. Er stellte fest, dass Ungarn von den höchsten EU-Unterstützung per Einwohner profitiert. Jährlich bekommt das Land mehr als 4% seines BIP-s aus den EU-Mitteln. Jedoch, nach Brechtkens Worten, ignorieren Viktor Orbán und seine Regierung bewusst die Regeln der europäischen Kultur, vor allem das Prinzip der Solidarität.

Es geht u.a. um die Zurückweisung der europäischen Flüchtlingspolitik<sup>19</sup>.

Über Polen schreibt derselbe Autor, dass dort die PiS-Regierung die EU-Mittel zur Finanzierung des Staatsumbaus, darunter zur Unterminierung der Gewaltenteilung, genutzt hat.

---

<sup>10</sup> Thomas Dudek, Ungarische Verhältnisse. Wahlsieg der PIS in Polen, „Cicero. Magazin für Politische Kultur“ vom 14.10.2019.

<sup>11</sup> Kaczyński dla dziennika „Bild“: Byłoby dobrze, gdyby Merkel została ponownie wybrana, „Wprost“ vom 28.07.2016. [Sind Sie Polens dunkle Macht, Herr Kaczynski? Der Chef der Regierungs-Partei PiS im Interview, „Bild“ vom 27.07.2016].

<sup>12</sup> Matthias Kolb, Vom Preis des Geldes, „Süddeutsche Zeitung“ vom 20.02.2020.

<sup>13</sup> Florian Hassel, Orbáns Brandbrief, „Süddeutsche Zeitung“ vom 20.02.2020.

<sup>14</sup> Interview: Johan Schloemann, Wie es sich lebt, wenn die Rechtspopulisten an der Macht sind, „Süddeutsche Zeitung“ vom 19.03.2019.

<sup>15</sup> Jan Pallokat, Best Friends mit Polen. Vor der Ungarn-Wahl, „Deutschlandfunk“ vom 5.04.2018, [https://www.deutschlandfunk.de/vor-der-ungarn-wahl-best-friends-mit-polen.795.de.html?dram:article\\_id=414781](https://www.deutschlandfunk.de/vor-der-ungarn-wahl-best-friends-mit-polen.795.de.html?dram:article_id=414781), [Zugang: 29.04.2020].

<sup>16</sup> Interview: Nikolaus Piper, „Ich bin einer ihrer Hauptfeinde“, „Süddeutsche Zeitung“ vom 17/18.08.2019.

<sup>17</sup> Karoline Meta Beisel, Matthias Kolb, Alexander Mühlauer, Die Rechnung...

<sup>18</sup> Interview: Daniel Brössler, „Nicht die schärfste Drohung an den Anfang“, „Süddeutsche Zeitung“ vom 19.07.2019.

<sup>19</sup> Magnus Brechtken, Die vergessene Geschichte, „Süddeutsche Zeitung“ vom 14.02.2018.

---

Wolfgang Janisch hat von einer Tagung europäischer Juristen im Berliner Wissenschaftskolleg im Januar 2019 berichtet: Dort wurden Polen und Ungarn als Zerstörer der rechtsstaatlichen Strukturen dargestellt, die keine unabhängige Justiz gewährleisten. Zum Kern der Rechtsstaatlichkeit wird die richterliche Unabhängigkeit verstanden, die in beiden Staaten fehlt. Die versammelten Juristen überlegten, wie der Rechtsstaat in Europa zu retten ist. In diesem Zusammenhang stellte der Autor des Artikels folgendes fest: „Es ging um den Niedergang des Rechtsstaats in Staaten wie Polen und Ungarn“<sup>20</sup>. Weiter ist folgendes zu lesen: „Was ist zu tun, wenn autokratische Regierungen ihre Verfassungsgerichte zuerst aushöhlen und dann gleichschalten – und dies innerhalb der EU?“ Von einem der Sprecher während der Tagung (Armin von Bogdandy) wurde festgestellt, dass „die Kritik aus Polen und Ungarn gegen die forsche Linie des EuGH<sup>21</sup> gleich bei den Hörnern zu packen“ ist. „Die Verfassungsgerichte in Polen und Ungarn schreiben ja weiterhin Urteile, und dort, wo keine politisch heiklen Materien betroffen sind, können die Ergebnisse durchaus ordentlich sein. Aber kann man dann noch von einem echten Verfassungsgericht sprechen? Oder sind es zwei Gerichte: das eine politisch fügsam, das andere juristisch überzeugend?“ Weiter wird eine rhetorische Frage gestellt: ob „in Polen und Ungarn die janusköpfigen Verfassungsgerichte nur eine leere Hülle ohne Funktion sind“<sup>22</sup>?

Nicht nur in den deutschen Medien und in der Europäischen Union sondern auch im Europarat, wurde vor einer Bedrohung der unabhängigen Justiz in Polen und Ungarn gewarnt. Die Menschenrechtskommissarin des Europarats, Dunja Mijatović, hat in einer Mitteilung vom September 2019 die Reformen des Justizsystems in Ungarn und Polen als „umstritten“ genannt. Sie meinte: „Es gebe immer mehr Versuche der Exekutive und Legislative, die Justiz zu beeinflussen und zu untergraben“<sup>23</sup>.

Im Zusammenhang mit der Einladung von Angela Merkel zur Teilnahme an dem Gipfel der Visegrád-Staaten im Februar 2019 sind in Deutschland mehrere Artikel erschienen. Die Slowakei und Tschechien wurden als „weniger problematische Fraktion“ und „deutlich weniger von nationalistischer Ideologie, von Abgrenzung und Anti-Brüssel-Populismus“ geprägte Staaten bezeichnet. Im Unterschied zu diesen zwei Ländern sind Polen und Ungarn als „schwierige Gesprächspartner“ und „Problemfall“ wahrgenommen worden.

Vor der letzten EU-Parlamentswahl wurde in der „Süddeutschen Zeitung“ befürchtet, dass Rechtspopulisten und Rechtsextreme ins Europäische Parlament kommen und die Union zerlegen. „Die Vorkämpfer dieser Bewegung sitzen besonders geballt [...] in Städten wie Warschau und Budapest“<sup>24</sup>, stellte Tobias Zick fest. Weiter wurde die Frage gestellt, „ob es nicht ein Fehler war, jene postkommunistischen, offenbar zu den Anstrengungen einer liberalen und pluralen Ordnung nicht bereiten Gesellschaften in den Klub der Demokraten und Idealisten aufzunehmen“<sup>25</sup>?

Die Flüchtlingskrise und die damit verbundene Migrationspolitik von 2015 wurde nach Worten von Ivan Kristev zum Lakmüstest für die Einheit Europa. Verteilungsquoten für Flüchtlinge wurden von beiden Ländern solidarisch abgelehnt. Viktor Orbán wurde als „der erbitterteste Gegner von Merkels Flüchtlingspolitik“<sup>26</sup> bezeichnet, der sich gegen einen EU-weiten Verteilungsschlüssel für die Aufnahme von Flüchtlingen stemmte<sup>27</sup>. Kaczyński meinte, dass die Migranten nach Europa solche Krankheiten wie Cholera und Ruhr aber auch Parasiten und Bakterien bringen würden, die für sie harmlos aber für Europäer gefährlich sind.

Polen und Ungarn wurde vorgeworfen, dass sie auch dauerhaft die Verhandlungen in der EU über eine neue gemeinsame Asylpolitik blockieren<sup>28</sup>. Die regierenden Politiker in beiden Ländern

---

<sup>20</sup> Wolfgang Janisch, Aushöhlen, gleichschalten, hetzen, „Süddeutsche Zeitung“ vom 15.01.2019.

<sup>21</sup> Es ging um Urteile des Europäischen Gerichtshofs (z.B. gegen die Frühpensionierung der Richter des Verfassungsgerichts), die der Rechtsstaatsverteidigung dienen.

<sup>22</sup> Wolfgang Janisch, Aushöhlen...

<sup>23</sup> DPA, Europarat sorgt sich um unabhängige Justiz, „Süddeutsche Zeitung“ vom 4.09.2019.

<sup>24</sup> Tobias Zick, Im Osten was Neues, „Süddeutsche Zeitung“ vom 19.03.2019.

<sup>25</sup> Ebenda.

<sup>26</sup> Tobias Zick, Vorsicht im...

<sup>27</sup> Ebenda.

<sup>28</sup> Matthias Kolb, Oliver Meiler, Nadia Pantel, Da geht jetzt was, „Süddeutsche Zeitung“ vom 20.09.2019.

---

vertreten die Meinung, dass jedes Land das Recht hat, das Thema Migration aus seiner eigenen Perspektive zu betrachten und eigene politische Entscheidungen zu treffen.

Adam Bodnar, Polens Bürgerrechtskommissar, sieht jedoch im Interview der „Süddeutschen Zeitung“ Unterschiede zwischen der Lage in Polen und in Ungarn. Er meinte, „Polen ist immer noch deutlich freier als Ungarn“<sup>29</sup>. Anders als in Ungarn gibt es in Polen „starke Städte und Regionen, wo Oppositionsparteien ein Aktionsfeld haben“<sup>30</sup>. Bodnar fügte hinzu, dass es in Polen noch unabhängige Medien auch gibt.

Diese Tatsache hat auch der leitende Redakteur der Wochenzeitung „HGV“ Márton Gergely, bestätigt indem er gesagt hat: „Die freie Presselandschaft ist [in Ungarn] vernichtet. [...] die Voraussetzungen für freien Journalismus sind nicht mehr gegeben“<sup>31</sup>. Im Unterschied zu Ungarn, meinte der polnische Journalist, Bartosz Wielński: „In Polen ist die Medienlandschaft noch geteilt in eine freie und eine unfreie Zone“<sup>32</sup>.

Im Auftrag der Open Society Foundations wurden in sieben Ländern Mittel- und Osteuropas Umfragen nach der Bedrohung der Demokratie durchgeführt. In Polen und Ungarn sehen 64 beziehungsweise 59 Prozent der Menschen den Rechtsstaat in Gefahr. Diese Zahlen zeugen davon, dass „die Menschen sich Sorgen um den Zustand und die Zukunft unserer demokratischen Errungenschaften machen“<sup>33</sup>. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, schreibt Daniel Brössler – „ungeachtet großer Wahlerfolge der nationalistischen Parteien Fidesz und PiS in Ungarn und Polen ein weit verbreitetes Misstrauen gegenüber diesen Regierungsparteien. Eine Mehrheit in beiden Ländern hält es für gefährlich, die Regierenden öffentlich zu kritisieren. In Ungarn fürchten 63 Prozent der Befragten in so einem Fall negative Konsequenzen, in Polen sind es 55 Prozent“<sup>34</sup>.

Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki antwortet den Kritikern der polnischen Gerichtsreform, dass in den Gerichten in Polen viele Richter aus dem „alten System“ arbeiten, und sie müssen entfernt werden.

Polen und Ungarn klagen, „sie würden von der EU-Kommission wie Mitglieder zweiter Klasse behandelt“<sup>35</sup>. Diese Klagen werden von der EU als unbegründet und haltlos genannt. Aber die polnische und ungarische Version von Rechtsstaatlichkeit wurde nachdrücklich abgelehnt.

Aber es gibt in Deutschland auch andere Meinungen über die Lage in beiden Staaten. Kai-Olaf Lang, Politikwissenschaftler von der Stiftung Wissenschaft und Politik meinte: „Orbán hat die Demokratie in Ungarn keineswegs abgeschafft aber er hat sie transformiert. Wir haben es mit einem anderen Typus von Demokratie zu tun als das, was wir gewöhnlich als traditionelles liberales Modell sehen. Was Orbán installiert, ist etwas, was ich antagonistische Mehrheitsdemokratie nenne“<sup>36</sup>.

Lang rechtfertigte auch die Ablehnung der Aufnahme von Flüchtlingen, weil sie den Erwartungen des Großteils der Gesellschaften Polen und Ungarn in dieser Frage entsprach.

Die Politiker der Alternative für Deutschland, wie z. B. Alexander Gauland, sind der Meinung, dass die Drohungen und Strafverfahren seitens der Europäischen Union gegenüber Polen und Ungarn ins Leere laufen und das schlechte Klima innerhalb der Union zusätzlich vergiften. Gauland meint, die Justizreform wurde in Polen von der demokratisch gewählten Regierung durchgeführt und die Brüsseler Beamten kein Recht haben, sich in die inneren Angelegenheiten eines Mitgliedstaates einzumischen.

Die Haltung der beiden Regierungen in der Flüchtlingskrise (gegen die Umverteilung von Flüchtlingen) wurde von den AfD-Politikern gelobt. Die Regierungen haben, ihrer Meinung nach,

---

<sup>29</sup> Interview: Florian Hassel, „Die Regierung benutzt eine Salami taktik“, „Süddeutsche Zeitung“ vom 3.09.2019.

<sup>30</sup> Es ist jedoch hervorzuheben, dass im Oktober 2019 in der Bürgermeisterwahl in Ungarns Hauptstadt -Budapest auch der Kandidat der vereinten Opposition Gergely Karacsony gewonnen hat.

<sup>31</sup> Interview: Alex Rühle, Organversagen, „Süddeutsche Zeitung“ vom 21/22.09.2019.

<sup>32</sup> Ebenda.

<sup>33</sup> Daniel Brössler, Bedrohte Demokratien, „Süddeutsche Zeitung“ vom 4.11.2019.

<sup>34</sup> Ebenda.

<sup>35</sup> Matthias Kolb, Recht und billig, „Süddeutsche Zeitung“ vom 9.04.2019.

<sup>36</sup> Kai-Olaf Lang im Gespräch mit Susanne Führer. Wie die „antagonistische Mehrheitsdemokratie“ funktioniert, Deutschlandfunk Kultur vom 29.04.2017, [https://www.deutschlandfunkkultur.de/ungarn-und-polen-wie-die-antagonistische.990.de.html?dram:article\\_id=384860](https://www.deutschlandfunkkultur.de/ungarn-und-polen-wie-die-antagonistische.990.de.html?dram:article_id=384860), [Zugang: 29.04.2020].

---

im Interesse ihrer Völker gehandelt und den Willen der Wähler erfüllt. Im Juni 2017 haben sich die Spitzenkandidaten der AfD zum Bundestag mit einem Memorandum gegen EU-Vertragsverletzungsverfahren gegenüber Polen und Ungarn gewendet<sup>37</sup>.

Zusammenfassend festzuhalten bleibt, dass den Ereignissen und der Lage in Polen und in Ungarn in den deutschen Medien – relativ gesehen – viel Platz eingeräumt wird. Die meisten Artikel bewerten die Politik der beiden Länder sehr kritisch. In dem Resümee ist jedoch hervorzuheben, dass in vielen europäischen Ländern derzeit eine Hinwendung zum Nationalismus und in manchen eine Abkehr von der Europäischen Union stattfindet. Diese rückwärts gerichtete Entwicklung birgt zahlreiche Gefahren, insbesondere durch die Betonung der Bedeutung des Nationalstaates. Es gibt Parteien, die sich von Europa abwenden oder die Befugnisse der Europäischen Union einschränken wollen. Stimmen, die für die Abweisung von Flüchtlingen plädieren, die Verwendung von nationalistischen sowie zuwanderungs- und ausländerfeindlichen Parolen sind nicht nur in Polen und Ungarn laut hörbar, sondern auch in Dänemark, Frankreich, Holland, Großbritannien, Deutschland und in anderen Ländern.

## Literatur

- Beisel Karoline Meta, Kolb Matthias, Mühlauer Alexander: Die Rechnung kommt noch, „Süddeutsche Zeitung“ vom 18.07.2019.
- Brechtken Magnus: Die vergessene Geschichte, „Süddeutsche Zeitung“ vom 14.02.2018.
- Brössler Daniel: Bedrohte Demokratien, „Süddeutsche Zeitung“ vom 4.11.2019.
- DPA: Europarat sorgt sich um unabhängige Justiz, „Süddeutsche Zeitung“ vom 4.09.2019.
- Dudek Thomas: Ungarische Verhältnisse. Wahlsieg der PIS in Polen, „Cicero. Magazin für Politische Kultur“ vom 14.10.2019.
- Hassel Florian: Orbáns Brandbrief, „Süddeutsche Zeitung“ vom 20.02.2020.
- Interview: Rühle Alex: Organversagen, „Süddeutsche Zeitung“ vom 21/22.09.2019.
- Interview: Hassel Florian: „Die Regierung benutzt eine Salamtaktik“, „Süddeutsche Zeitung“ vom 3.09.2019.
- Interview: Brössler Daniel: „Nicht die schärfste Drohung an den Anfang“, „Süddeutsche Zeitung“ vom 19.07.2019.
- Interview: Piper Nikolaus: „Ich bin einer ihrer Hauptfeinde“, „Süddeutsche Zeitung“ vom 17/18.08.2019.
- Interview: Schloemann Johan: Wie es sich lebt, wenn die Rechtspopulisten an der Macht sind, „Süddeutsche Zeitung“ vom 19.03.2019.
- Janisch Wolfgang: Aushöhlen, gleichschalten, hetzen, „Süddeutsche Zeitung“ vom 15.01.2019.
- Kaczyński dla dziennika „Bild“: Byłoby dobrze, gdyby Merkel została ponownie wybrana, „Wprost“ vom 28.07.2016. [Sind Sie Polens dunkle Macht, Herr Kaczynski? Der Chef der Regierungs-Partei PiS im Interview, „Bild“ vom 27.07.2016].
- Kai-Olaf Lang im Gespräch mit Susanne Führe.: Wie die „antagonistische Mehrheitsdemokratie“ funktioniert, Deutschlandfunk Kultur vom 29.04.2017, [https://www.deutschlandfunkkultur.de/ungarn-und-polen-wie-die-antagonistische.990.de.html?dram:article\\_id=384860](https://www.deutschlandfunkkultur.de/ungarn-und-polen-wie-die-antagonistische.990.de.html?dram:article_id=384860).
- Kolb Matthias, Meiler Oliver, Pantel Nadia: Da geht jetzt was, „Süddeutsche Zeitung“ vom 20.09.2019.
- Kolb Matthias: Recht und billig, „Süddeutsche Zeitung“ vom 9.04.2019.
- Kolb Matthias: Vom Preis des Geldes, „Süddeutsche Zeitung“ vom 20.02.2020.
- Kolb Matthias: Von der Leyen darf sich nich wegducken, „Süddeutsche Zeitung“ vom 1.04.2020.
- Pallokat Jan: Best Friends mit Polen. Vor der Ungarn-Wahl, „Deutschlandfunk“ vom 5.04.2018, [https://www.deutschlandfunk.de/vor-der-ungarn-wahl-best-friends-mit-polen.795.de.html?dram:article\\_id=414781](https://www.deutschlandfunk.de/vor-der-ungarn-wahl-best-friends-mit-polen.795.de.html?dram:article_id=414781).
- Zick Tobias: Prekäre Partner, „Süddeutsche Zeitung“ vom 8.02.2019.

---

<sup>37</sup> Zur Einleitung eines EU-Verfahrens gegen *Ungarn, Polen* und Tschechien erklärt *AfD*-Spitzenkandidat Alexander Gauland: <https://www.afd.de/tag/ungarn/>; <https://www.afd.de/tag/polen/> [Zugang, 30.04.2020].

---

Zick Tobias: Im Osten was Neues, „Süddeutsche Zeitung“ vom 19.03.2019.

Zick Tobias: Vorsicht im Porzellansaal“, „Süddeutsche Zeitung“ vom 8.02.2019.

Zur Einleitung eines EU-Verfahrens gegen *Ungarn, Polen* und Tschechien erklärt *AfD*-Spitzenkandidat Alexander Gauland:<https://www.afd.de/tag/ungarn/>; <https://www.afd.de/tag/polen/>.